



## Hans-Michael Goldmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Sprecher für Ernährung und Landwirtschaft  
der FDP-Bundestagsfraktion  
Vorsitzender der niedersächsischen Landesgruppe

### Bundestag

Hans-Michael Goldmann, MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.:(0 30) 2 27-7 38 11  
Fax:(0 30) 2 27-7 67 11  
e-mail: bundestag@michael-goldmann.de  
<http://www.michael-goldmann.de>

Hans-Michael Goldmann, MdB – Dorotheenstr. 101 – 10117 Berlin

Bündnis Tierrechte  
Herrn Jürgen Kunz  
Postfach 1107

87401 Kempten

Per E-Mail an: [kunz@tierrechte.de](mailto:kunz@tierrechte.de)

### Wahlkreis

Hans-Michael Goldmann, MdB  
Poststr. 32  
26871 Aschendorf  
Tel. (0 49 62) 91 43 93  
Fax (0 49 62) 91 43 31  
e-mail: [wahlkreis@michael-goldmann.de](mailto:wahlkreis@michael-goldmann.de)

Berlin, den 9. August 2005

### Wahlprüfsteine

Sehr geehrter Herr Kunz,

gerne beantworte ich Ihre Wahlprüfsteine im Namen der FDP-Bundestagsfraktion.

1. *Wie wird sich Ihre Partei für die Beendigung der Käfighaltung für Legehennen ab 01.01.2007 einsetzen?*

Die FDP setzt sich grundsätzlich für die 1:1-Umsetzung von EU-Vorgaben ein, so auch im Bereich der Legehennenhaltung. Nationale Sonderwege lehnt die FDP ab.

Der nationale Alleingang bei der Hennenhaltung ist aus Sicht der FDP auch kein echter Gewinn für den Tierschutz. Die „alten“ Käfige will niemand beibehalten. Es ist aber unbestreitbar, dass bei einem nationalen Sonderweg, wie ihn die jetzige Bundesregierung eingeschlagen hat, zwangsläufig ein immer größerer Anteil von kostengünstigen Eiern aus anderen, insbesondere ost-europäischen Ländern in Handel und Produktion gelangen werden. Die Tierschutzbedingungen dort sind ungleich schlechter als in Deutschland. Eine Kontrolle und Verbesserung des Tierschutzes ist dort gar nicht möglich. Die heimischen Landwirte werden durch den nationalen Alleingang im europäischen Wettbewerb stark benachteiligt. Zwangsläufig werden sie weitere Marktanteile an europäische und außereuropäische Konkurrenten verlieren, die die Eier für Deutschland dann allerdings in Käfighaltung produzieren. Ein europaweit einheitlicher Handlungsrahmen ist daher deutlich besser – auch und gerade im Sinne des Tierschutzes.

Die Kleinvoliere muss vorurteilsfrei geprüft werden. Mit Sandbad, Rückzugs- und Scharmöglichkeiten und Kleingruppenhaltung kommt sie nach wissenschaftlichen Erkenntnissen auch dem natürlichen Verhalten der Hühner entgegen. Hier könnte z.B. auch auf das Schnabelkürzen verzichtet werden, was in der Boden- und Freilandhaltung erforderlich ist. Zudem ist bei der Kleinvolierenhaltung der Einsatz von Antibiotika wesentlich seltener erforderlich als bei der Freilandhaltung. Auch ist die Sterblichkeitsrate geringer. Hühner leben in ihrem natürlichen Umfeld in Kleingruppen und suchen gerne den Schutz, z.B. unter Gehölzen, eine Haltung in von oben geschützten Volieren ist daher durchaus artgerecht.



*2. Wird Ihre Partei das Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände unterstützen und ggf. voranbringen?*

Die FDP-Bundestagsfraktion hat sich bislang keine abschließende Meinung zu dieser Frage gebildet. Kollektivklagerechte sind dem deutschen Rechtssystem im Grund fremd, auch wenn in den letzten Jahren im Verbraucher- und Umweltschutzbereich Kollektivklagerechte eingeführt wurden. Ein Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände bedarf daher einer genauen Prüfung und Abwägung. Insbesondere müsste sehr genau geprüft werden, welche Verbände nach welchen Kriterien klagebefugt sein sollen. Die FDP-Bundestagsfraktion wird sich mit dem Themenkomplex zu gegebener Zeit wieder befassen.

*3. Wie steht Ihre Partei zur tierversuchsfreien Forschung bzw. welchen Etat würde sie dafür zur Verfügung stellen?*

Tierversuche müssen auf ein Mindestmaß reduziert werden. Es wäre aber verfehlt, anzunehmen, dass auf Tierversuche in absehbarer Zeit ganz verzichtet werden kann. Alternativ- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch – und hierzu zählen nicht nur Ersatzverfahren (Replacement), sondern auch gemäß der 3R-Prinzipien die Reduzierung der Anzahl der Versuche insgesamt und pro Tier (Reduction) und die Verbesserung der Bedingungen, unter denen die Tiere gehalten werden, sowie deren Pflege (Refinement) – müssen aber verstärkt angewandt werden. Für die FDP sind alle drei Prinzipien gleichrangig zu verwirklichen. Allerdings ist es notwendig, dass diese Verfahren international anerkannt sind. Ansonsten ist dem Tierschutz nicht wirklich gedient, da Tierversuche dann oftmals in anderen Ländern nachgeholt werden müssen, beispielsweise bei der Arzneimittelzulassung.

Deutschland nimmt bei der Erforschung von Alternativmethoden zum Tierversuch eine führende Rolle ein. Die Zentralstelle zur Erfassung und Bewertung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch (ZEBET) leistet hervorragende Arbeit.

Die rot-grüne Bundesregierung hat 2002 den Fördertopf für die Entwicklung von Alternativ- und Ergänzungsmethoden um fast die Hälfte reduziert. Von den nunmehr bereitgestellten 2,8 Millionen EUR werden aber nicht einmal alle Mittel abgerufen. Die Bundesregierung versäumt es nämlich, die Fördermöglichkeiten ausreichend publik zu machen. Viele Forscher haben keine Kenntnis von diesen Fördermöglichkeiten. Es reicht nicht, die Mittel im Haushalt einzustellen. Es müssen dann auch aktiv Partner gesucht werden, die die Mittel nutzen – zum Wohle der Menschen, aber auch zum Wohle der Tiere.

Die Vergabekriterien müssen den neuen gesellschaftlichen Herausforderungen entsprechend angepasst werden.

*4. Würde Ihre Partei betreffend der Schweinehaltung über die EU-Gesetzgebung hinausgehen und den Tieren somit eine Verbesserung ihrer Lebensumstände ermöglichen? Wenn ja, wie würden diese Verbesserungsvorschläge konkret aussehen?*

Tierschutz heißt für Liberale: ständiges Überprüfen und Anpassen an neue gesellschaftliche Entwicklungen und Herausforderungen. Das gilt auch für die Haltungsbedingungen von Schweinen. Sofern sich die unterschiedlichen Ziele durch freiwillige Vereinbarungen ebenso gut wie durch ordnungsrechtliche Vorgaben verwirklichen lassen, sind der Eigenverantwortung und damit freiwilligen Vereinbarungen Vorrang einzuräumen. Weiterhin ist ein optimaler Tierschutz nur durch ein einheitliches Vorgehen in der Europäischen Union



**Hans-Michael Goldmann**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Seite 3 von 3 Seiten des Schreibens vom 9. August 2005

durchzusetzen. Nationale Alleingänge führen letztlich nur zu Verlagerungen, die keinen besseren Tierschutz sicherstellen. Die FDP setzt sich daher im Bereich der Schweinehaltung ebenso wie in anderen Bereichen für eine 1:1-Umsetzung europäischer Vorgaben um.

5. *Wie steht Ihre Partei zur „Pelztierhalterverordnung“ von Ministerin Künast, die im Bundesrat aufgrund „unnötiger Eile“ am 08.07.2005 leider nicht mehr behandelt wurde?*

Die Pelztierhaltung entspricht derzeit nicht einer tiergerechten Haltung. Die baldige Umsetzung einer Pelztierhaltungsverordnung, in der tiergerechte Mindeststandards festgelegt werden, ist daher erforderlich. Die in der Verordnung des BMVEL zur Pelztierhaltung vorgeschlagenen Regelungen müssen jedoch zunächst anhand wissenschaftlicher Erkenntnisse überprüft werden, da bislang zu wenige Forschungsergebnisse zur Haltung von Pelztieren vorliegen. Die FDP hält aber jedenfalls die in der Verordnung des BMVEL vorgeschlagenen Übergangsfristen für zu lang, eine dreijährige (statt zehnjährige) Übergangsfrist für den Umbau der Käfige ist im Sinne des Tierschutzes zu begrüßen und wäre nach Auffassung der FDP auch zumutbar.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

*Hans-Michael Goldmann*